

Zustand der Demokratie in Deutschland

MAGAZIN

Oktober 2023 • 73. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der diesjährige Festakt zum 33. Tag der Deutschen Einheit fand in der Elbphilharmonie in Hamburg statt. Beachtenswert waren nicht nur die erneut Hunderttausenden Besucherinnen und Besucher auf der zugehörigen Festmeile, wo sich die Bundesregierung und die Bundesländer vorgestellt und ihre Bundesländer präsentiert haben. Beachtenswert war auch die Rede des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Stephan Harbarth. Ich glaube, dass er mit seiner Einschätzung der aktuellen Situation im vereinten Deutschland einen präsidialen Aufschlag zur weiteren Debatte über einen Ansatz zur Zukunft in Deutschland gesetzt hat. Seinen Aussagen zum Staat, zur Verfassung sowie der Rolle jeder und jedes Einzelnen in der Gesellschaft widmen wir in dieser Ausgabe einen besonderen Artikel.

Zum Erscheinungszeitpunkt dieser Ausgabe werden die Landtagswahlen in Bayern und Hessen ein Wahlergebnis erzielt haben. Bürgerinnen und Bürger werden hoffentlich zahlreich von ihrem aktiven Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Für uns im vbob ist natürlich das Ergebnis der Hessenwahl besonders interessant, kandidiert dort die amtierende Bundesinnenministerin Nancy Faeser um das Amt der Ministerpräsidentin. Medial war die Doppelrolle seit dem Sommer ständiges Thema und gleichzeitig mit Sicherheit auch Herausforderung für die Ministerin. Gleichzeitig haben wir wahrgenommen und auch öffentlich kommentiert, dass im Zuge des Wahlkampfes den hessischen Beamtinnen und Beamten Versprechungen für den Fall ihrer Wahl in Hessen gegeben wurden, die in ihrer Funktion als Bundesinnenministerin kategorisch abgelehnt werden. Weder die amtsangemessene Alimentation ist bis zur Hälfte der Legislaturperiode im Bund geregelt worden noch ist die versprochene Rückführung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten erledigt. Wie glaubwürdig solche politischen Äußerungen beziehungsweise „Verträge mit dem DGB“ sind, das haben die Wählerinnen und Wähler nun am 8. Oktober entscheiden dürfen. Je nach Ausgang kann das für uns auf Bundesebene auch Konsequenzen haben – wir werden das weiterhin aufmerksam beobachten und berichten.

Der Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung, also der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger hat den Bundestag noch nicht passiert. Abschlagszahlungen sind bei den aktiven Beamtinnen und Beamten inzwischen umgesetzt, bei manchen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern noch nicht. Nach unseren Informationen liegt das an technischen Problemen bei der Zahlbarmachung und soll bis Dezember behoben sein. Die Auszahlung erfolgt sodann rückwirkend und somit erhalten auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger – wenngleich verspätet – die Inflationsausgleichszahlung.

Nach der Sommerpause stehen jetzt im Herbst wieder zahlreiche Personalversammlungen, Mitgliederversammlungen und Gremiensitzungen im vbob sowie in der Dachorganisation dbb an. Hier wird ein Schwerpunkt der Arbeit des Bundesvorstandes einerseits, die Aufgabe der Fachgruppenvorstände sowie der Mitglieder andererseits liegen. In diese Zeit hinein begleiten uns ebenso die Vorboten der im kommenden Jahr durchzuführenden Personalratswahlen. Dabei gibt es durch unterschiedliche Positionierungen und Sichtweisen auf die Vorgehensweise, die Listenaufstellungen und die Durchführung von Werbe- und Wahlkampfmaßnahmen einerseits und starke persönliche Interessen Beteiligter in diesem Zusammenhang andererseits in erfreulicherweise nur wenigen Bereichen der Organisation die überflüssige Situation, dass sich statt mit den Wettbewerbern mit sich selbst beschäftigt wird.

Demokratie muss Meinungsverschiedenheiten aushalten und das gilt auch für den vbob. Eine Grenze wird jedoch deutlich überschritten, wenn Meinungsverschiedenheiten in Aggression untereinander und in der Folge – und damit schlimmer noch – in aus persönlichen Angriffen folgende gesundheitliche Beeinträchtigung gipfelt. Die Interessen und Ziele des vbob sowie die ehrenamtliche Arbeit seiner Mitglieder für den vbob in den Behörden orientieren sich idealerweise ausschließlich an den Interessen der Gemeinschaft und nicht an persönlichen. Dadurch steht die Arbeit des vbob auch unter besonderer Wertschätzung aller Kolleginnen und Kollegen in der Bundesverwaltung. Dies macht den Kern unserer Solidargemeinschaft aus.

Ich möchte abschließend aus der eingangs erwähnten Rede zitieren: „Wer in die Zukunft gehen will, muss nach vorn schauen. Ihr mit Mut gegenüberzutreten, sich innerlich auf sie einzulassen, sie gemeinsam zu gestalten im Zutrauen in andere und in sich selbst.“ Das wünsche ich allen engagierten und solidarischen Mitgliedern bei der Vorbereitung der Personalratswahlen und der Gestaltung der vbob Arbeit in den Bundesbehörden. Weiterhin viel Spaß und Erfolg im und mit dem vbob!

Mit besten Grüßen

Ihr

Frank Gehlen
Bundesvorsitzender



© studio v-zwoelf/stock.adobe.com

> Inhalt

- > Rede des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes zum Tag der Deutschen Einheit: Zustand der Demokratie in Deutschland 4
- > vbob im „nassen“ Bereich der Bundesverkehrsverwaltung: Zu Besuch in Rostock – mit viel Stehvermögen 8
- > Vorstandswahlen bei der Fachgruppe Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) 9
- > Fachgruppenversammlung der BImA: WIReinander – Gemeinschaftsgeist in der Fachgruppe 10
- > Kommentierte Pressestimmen 12

> dbb

- > Einkommenspolitik – Tarife: Konflikte werden ruppiger 13
- > Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder 14
- > Arbeitsschutzmesse A+A 2023: Innovationen für die Arbeitswelt von morgen 16
- > Reportage – Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung: Deutschlands nautische Detektei 18
- > Nachgefragt – Dr. Katrin Krömer, Vorständin Ressourcen der Bundesagentur für Arbeit: Wir müssen uns als Arbeitgeber von der Konkurrenz abheben 22
- > Mitbestimmung – 14. dbb Forum Personalvertretungsrecht: Engagement im Personalrat – nur für IdealistInnen oder Plattform für MacherInnen? 24
- > Europa – Der öffentliche Dienst in Österreich: Zwischen Personalnot und Transformation 29
- > Jugend – Arbeitssicherheit im öffentlichen Dienst: Jeder Fünfte erlebt Gewalt 30
- > Frauen – Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung: Care-Arbeit braucht Entlastung 32
- > Senioren – Pflegende Angehörige: Ohne Netz und doppelten Boden 34
- > Blickpunkt – Arbeitsschutz und Klimawandel: Hitzeschutz am Arbeitsplatz ist kein Nischenthema mehr 40
- > Arbeitswelt im Kontext des Klimawandels: Der Klimawandel passiert jetzt 44

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Drei-zehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Titelfoto:** studio v-zwoelf/stock.adobe.com.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 42,70 Euro zzgl. 7,90 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,80 Euro zzgl. 1,70 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 64** (dbb magazin) und **Preisliste 43** (vbob Magazin), gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage dbb magazin:** 552782 (IVW 2/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Rede des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes zum Tag der Deutschen Einheit

Zustand der Demokratie in Deutschland

Zum 33. Tag der Deutschen Einheit traf sich am 3. Oktober die Spitze von Staat, Politik und Gesellschaft zum Festakt in der Elbphilharmonie. Neben Gastgeber und Bürgermeister der Stadt Hamburg, Peter Tschentscher, hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Stephan Harbarth, eine beachtliche Ansprache an die anwesenden Gäste sowie an die Bürgerinnen und Bürger an den Fernsehbildschirmen. Das Hamburger Abendblatt titelte: „Wie eine Rede das deutsche Problem auf den Punkt brachte.“ Und weiter: „Präsident des Bundesverfassungsgerichtes trifft bei der Einheitsfeier in Hamburg den Kern der Unzufriedenheit vieler Menschen.“

Prof. Harbarth sprach auch zum Verhältnis von Staat, Bürgerinnen und Bürgern sowie zwischen den Menschen in Deutschland. Hier lesen Sie Auszüge aus der Ansprache mit einer Einordnung für die vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte.

„Doch auch die beste Verfassung ist nur so gut wie das,

was Menschen aus ihr machen. In Deutschland ist vieles gut, einiges exzellent, aber manches kann und muss verbessert werden, um auch künftig zu bestehen. Drei herausgreifen: Sie betreffen unseren Staat, sein Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern und schließlich unser aller Miteinander. ...

Wir wissen um die Überlegenheit eines freiheitlichen und demokratischen Wettbewerbs um das bessere Argument gegenüber von oben herab erlassenen Direktiven. Unsere eigene geschichtliche Erfahrung lehrt uns die Schwäche und das Versagen autoritärer Systeme. Wir können diese Überlegenheit begründen und erklären, wir können für unsere Werte werben. All dies müssen wir tun und wir sollten es mit Leidenschaft tun. Aber auf Dauer reicht es nicht aus, Vorzüge nur zu erklären. Sie müssen für die Menschen auch in den großen und kleinen Fragen ihres Lebens spürbar sein.

nungs- und Genehmigungsverfahren ist nur ein Symptom eines grundsätzlicheren Befunds. Unser Staat muss deshalb tradierte Handlungsmuster selbstkritisch überprüfen und anpassen, er muss lernen, seine Komplexität zu begrenzen und zu reduzieren. Er muss – auf allen Ebenen – besser, schneller, vor allem lösungsorientierter werden. Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates ist Grundvoraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Ordnung, für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land, für die Wehrhaftigkeit unserer

wo sie Bürgerinnen und Bürgern begegnen in der Folge ständig in der stärkeren Rechtfertigung für ihr Handeln. Dass dies auf politischen Entscheidungen und in der Folge zunehmend auf komplexer werdende Rechtsvorschriften in der Umsetzung staatlichen Willens fußt, ist dann Anlass für Kritik am Staat und der ihm zugrunde liegenden demokratischen Legitimation. Die Vorzüge müssten für die Menschen im Alltag erlebbar sein. Den selbsterzeugten Demokratiefrost durch staatliches Handeln hat Prof. Harbarth hier klar an die Bundesregierung adressiert.

waltung als Mittel für schnellere und transparentere Entscheidungsfindung einzusetzen sowie diese als Lösungsansatz in Zeiten fehlender Fachkräfte zu sehen. Dabei haben auch wir uns in der jüngsten Vergangenheit klar gegen überflüssige Regelwerke wie zum Beispiel das neue Disziplinalgesetz verwendet, da es weder notwendig noch im Sinne der Rede wesentlich zur vieldimensionalen Veränderung der Welt steht. Tradiert, darunter verstehen wir auch die Unart, alle Fragestellungen durch neue Gesetze regeln beziehungsweise beantworten zu sollen.



„Auch der handlungs- und leistungsfähige Staat bleibt – um ein Zweites hervorzuheben – angewiesen auf private Initiative, auf persönliches Engagement, auf das Innovationspotenzial der sozialen Marktwirtschaft. Der freiheitliche Staat bedarf immer von Neuem der Selbstvergewisserung, ob er die individuellen Freiräume so gestaltet, dass die Menschen ihre Gaben zum Wohl aller entfalten können: ihre Talente, ihren Ideenreichtum, ihren Fleiß, ihr Engagement in der Zivilgesellschaft. Gerade in Zeiten epochaler Herausforderungen kommt es darauf an, dass der Staat den Menschen etwas zutraut und die Menschen sich selbst auch. Private Initiative lässt sich durch zu viel staatliche Regulierung ersticken, aber nicht staatlich verordnen. Das Grundgesetz überlässt den Einzelnen die Freiheit, Staat und Gesellschaft von der Zuschauertribüne zu betrachten. Und doch baut es darauf, dass die Menschen sich einbringen. Dieses Sicheinbringen ist nicht nur Quell von Innovation und Fortschritt, von wirtschaftlicher Prosperität und ökologischer Nachhaltigkeit, sondern zugleich das unverzichtbare Band, das unsere Gesellschaft zusammenhält.“

Die Entfaltung staatlicher Handlungsfähigkeit und Leistungskraft ist in der Gegenwart besonders fordernd: Unsere Welt verändert sich vieldimensional in immer größerer Geschwindigkeit. Diese Dynamik stellt manche Gewissheiten in immer kürzeren Abständen infrage. Dabei hält die Geschwindigkeit staatlicher Entscheidungen und ihrer Umsetzung mit dem Tempo, in dem sich unsere Wirklichkeit verändert, immer weniger mit. Die lange Dauer von Pla-

Demokratie nach innen wie nach außen, für die selbstbestimmte Prägung unserer Lebensbedingungen auch in einer globalisierten Welt.“

Die deutliche Kritik an aktuellem staatlichen Handeln findet sich auch in der Diskussion in und um unseren vbob wieder. Auch die Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen in der Bundesverwaltung, spüren selbst die kaum zu bewältigende Zunahme an Komplexität ihrer Arbeit und sind an den Stellen,

Und noch etwas mahnt er an: Der Einfluss aller und jedes beziehungsweise jeder Einzelnen auf die Entwicklung unseres Staates auf Basis der Vorgaben unserer Verfassung. Hier spricht er tradierte Handlungsmuster und fehlende Lösungsorientiertheit an. Für uns als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ergibt sich die Verantwortung, uns für die Weiterentwicklung der Bundesverwaltung mit Blick auf die Digitalisierung der Ver-



Ein weiterer wichtiger Aspekt staatlichen Handelns soll das Zutrauen in die Menschen sein, die sich aufgrund ihrer Talente, des Ideenreichtums, Fleißes und Engagements für die Zivilgesellschaft entfalten wollen. Dies trifft den Kern des gewerkschaftlichen Engagements in unserem vbob. Auch wir sind auf diesen Einsatz und die Kreativität unserer Mitglieder beim Einsatz für die Beschäftigten der Bundesverwaltung angewiesen. Dort setzen wir uns mit unseren individuellen und organisatorischen Einflussmöglichkeiten für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Menschen in der Bundesverwaltung ein. Wir sorgen mit unseren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern für Transparenz behördlich internen Handelns und die Partizipation der Beschäftigten für ihr eigenes Arbeitsumfeld. Hier gelten die gleichen Argumente aus der Rede: Wer diese Kreativität durch tradiertes und komplexes eigenes Handeln zu unterbinden versucht, der ist Adressat der Rede und nicht Teil der angemahnten Lösung. Für die bevorstehenden Personalratswahlen in den Behörden gilt des Weiteren auch der Appell, sich im Ehrenamt für die Gestaltung der Arbeitswelt in

der eigenen Behörde einzubringen und damit dem Angebot des Staates an Dritte, die ihre berufliche Zukunft suchen, zu Attraktivität zu verhelfen. Das ist im Sinne der Rede das unverzichtbare Band, das vbob und die Beschäftigten der Bundesverwaltung zusammenhält.

„Und ein Drittes erscheint mir wesentlich: Bleiben wir diskursfähig und diskursbereit! Ja: Wir sind eine vielfältige Gesellschaft, vielleicht vielfältiger, vielleicht individualistischer als jemals zuvor. Unterschiedliche Anschauungen und Lebenswelten prallen scheinbar unversöhnlich aufeinander – zwischen politischen Lagern, zwischen Land und Stadt, zwischen Jung und Alt, zwischen ‚Boomer‘ und ‚Generation Z‘. Wir spüren einen Klimawandel auch im Innern unserer Gesellschaft, befördert durch Kommunikationsblasen und Echokammern. Gewiss: Wir sind auch heute kein gespaltenes Land, aber wir sind auseinandergerückt. Wir sind unterschiedlicher Herkunft, haben unterschiedliche Überzeugungen und unterschiedliche Lebensentwürfe. Und ja: Wir alle kennen Momente eigener Unsicherheit, Überforderung oder gar Erschöpfung, in denen wir uns nach Ruhe sehnen statt

nach mühsamen Auseinandersetzungen um das bessere Argument. Es ist gewiss so viel einfacher und bequemer, stets nur den Dialog mit Gleichgesinnten zu führen. Der Rückzug in den Raum vermeintlicher Gewissheiten maximiert den Zuspruch und minimiert den Zweifel. Allein: Die Demokratie lebt auf Dauer nur, wenn wir alle miteinander im Gespräch bleiben. Wagen wir dieses Gespräch über die Grenzen des Bekannten hinaus, in Respekt und mit Stil.“

Dieser Appell an die Gesellschaft gilt auch an alle Mitglieder des vbob und die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesverwaltung. Die Wahrung des Respektes im Umgang miteinander auch in kritischen Auseinandersetzungen ist ein unabdingbares, zentrales Element der solidarischen Idee gewerkschaftlicher Arbeit. Innerhalb der vbob Familie dürfen Auseinandersetzungen im Sinne von Meinungsverschiedenheiten selbstverständlich argumentativ und im Sinne der besten Lösung für die Solidargemeinschaft des vbob ausgeglichen werden. Respektloses Verhalten untereinander befördert nicht den notwendigen Kompromiss, sondern führt nur zu Spaltung. Die von Prof. Harbarth als kulturverändernd

bezeichneten Echokammern und Kommunikationsblasen nehmen auch wir wahr. Als Interessengemeinschaft steht bei unserem Handeln und in unseren Zielen entgegen individueller Interessen die Verbesserung für die Gemeinschaft des vbob sowie der Bundesbeschäftigten im Vordergrund. Unsere Mitglieder sind ebenso vielfältig wie die Gesellschaft und ebenso geprägt durch unterschiedliche Lebensentwürfe, ein Spiegelbild der Beschäftigten und das stärkt uns. Der vbob scheut nicht die Debatte miteinander und mit den staatlichen Akteuren, er wird auch weiterhin der jeweils handelnden Bundesregierung durch starke Interessenvertretung bedeuten, wie die Beschäftigten der Bundesverwaltung die Gestaltung der Zukunft dieser Teils des Staates vorantreiben wollen.

Wir danken dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Harbarth, für seine bewegende Rede zum 33. Tag der Deutschen Einheit! *fg*

Den vollständigen Redetext finden Sie hier: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/Festrede.pdf?__blob=publicationFile&v=6.

vbob im „nassen“ Bereich der Bundesverkehrsverwaltung

Zu Besuch in Rostock – mit viel Stehvermögen

Am 13. September 2023 wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende Ludwig Hofmann durch den Vorsitzenden der Fachgruppe 58 (BSH), Carsten Brüggemann, zur Personalversammlung des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Rostock und zu einem Besuch der Verkehrszentrale Warnemünde (Vkz) des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes (WSA) Ostsee des Bundes in Warnemünde begleitet.

Pünktlich um 9.30 Uhr begann der Tag mit der Teilnahme an der Personalversammlung des BSH in Rostock mit etwa 150 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen.

Aufgrund fehlender Sitzgelegenheiten im Druckereisaal des BSH am Standort Rostock mussten die Beschäftigten mit hohem Stehvermögen den vielen Redebeiträgen folgen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende des vbob, Ludwig Hofmann, ging in seinem Beitrag auf den Gesetzentwurf zur Neuordnung des Disziplinarrechts des Bundes ein und stellte die Gefahren und möglichen Auswirkungen für die Bundesbeamtinnen und -beamten deutlich dar. Auch die durch die Streichung der finanziellen Mittel nunmehr stockende Digitalisierung der Bundesverwaltung war neben dem zunehmenden Fachkräftemangel und der Aus- und Fortbildung ein wichtiges Thema in seinen Ausführungen. Anhand der Rückmeldungen nach der Personalversammlung wurde deutlich, dass die klaren Worte durch die Beschäftigten dankbar aufgenommen wurden.

Nach dem Ende der Personalversammlung und einem Mittagessen in der Kantine des BSH reisten Carsten Brüggemann und Ludwig Hofmann zur Verkehrszentrale (Vkz) des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Ostsee in Warnemünde



> Carsten Brüggemann und Ludwig Hofmann in der Verkehrszentrale in Warnemünde (von links)

weiter und wurden dort vom Personalratsvorsitzenden und vbob Mitglied Rhett Anthes herzlich empfangen.

Es zeigte sich hier eine gute Vernetzung, betreut die Fachgruppe 58 (BSH) ebenfalls zahlreiche Mitglieder aus der WSV, der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen (BAV) und der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung (BSU). Bei den genannten Behörden ist die vbob Fachgruppe 58 auch gut in den örtlichen Personalräten vertreten.

Nach einer schon am Vortag erfolgten Einführung in die Thematik wurde bei der Besichtigung der Arbeitsplätze der vollkontinuierlich schichtdienstleistenden Kollegen deutlich, dass die Verkehrszentrale Warnemünde eine wichti-



> Rhett Anthes führte Ludwig Hofmann und Carsten Brüggemann durch die Leitzentrale Warnemünde (von links).

ge Rolle in der maritimen Verkehrssicherung an der deutschen Ostseeküste spielt, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Sicherheit und Leichtigkeit der Schifffahrt auf den Bundeswasserstraßen zu gewährleisten. Sie koordiniert

den Schiffsverkehr und dient als zentrale Anlaufstelle für Schiffe in dieser Region.

Beeindruckend war die Beschreibung der Aufgaben der Kollegen der Vkz in Warnemünde, denn gerade während der Spitzenzeiten des Schiffsverkehrs sind kontinuierliche Aufmerksamkeit und schnelle Entscheidungsfindung notwendig. Klar wurde auch, dass die Anforderungen an die Beschäftigten der Verkehrszentrale in den letzten Jahren aufgrund der Komplexität der Schifffahrt sowie der Zunahme des Schiffsverkehrs und der Errichtung von Windparks und Pipelines stetig gestiegen sind.

Begeistert waren die Besucher von dem Ausblick auf die Zufahrt und den Hafen Rostock-Warnemünde, der für die dort täglich beschäftigten Kollegen-

nen und Kollegen aufgrund der hohen Arbeitsbelastung bei stetig schlechter werdender Personalausstattung leider nur selten genossen werden kann, denn diese sehen sich mit einer beeindruckenden Wand aus Bildschirmen und Monitoren

sowie Kommunikationseinrichtungen an deren Arbeitsplatz konfrontiert.

In intensiven Gesprächen mit den Beschäftigten und dem Personalratsvorsitzenden Rhett Anthes wurden Ludwig Hofmann und Carsten Brüggemann über die erforderliche Ausbildung für die Tätigkeit in der Verkehrszentrale, die Arbeitsbedingungen, die technische Ausstattung und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten informiert. Klar wurde aber auch,

dass der Fachkräftemangel, die schwieriger werdende Personalgewinnung und das immer problematischere Halten von Beschäftigten sich auch hier bemerkbar machen. Ludwig Hofmann konnte im Austausch die Fragen der Beschäftigten zur geplanten Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit- und Schichtdienstregelung beantworten und die Sicht der Gewerkschaft darstellen.

Für die vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte besteht

deutlicher Handlungsbedarf, um die Arbeitsbedingungen auch mit günstigen Schichtregelungen zu verbessern und dem Personalmangel entgegenzuwirken. Nur durch angemessene Berücksichtigung dieser Aspekte kann sichergestellt werden, dass die Beschäftigten die Aufgaben in der Verkehrszentrale effektiv und sicher erfüllen. Wichtigstes Ziel dabei ist es, den Schiffsverkehr an der deutschen Ostseeküste zu unterstützen und

die Seegebiete unfallfrei halten zu können.

Nach einem langen und intensiven Tag traten Ludwig Hofmann Carsten Brüggemann die Rückreise mit der Deutschen Bahn und den dabei eingeschlossenen sowie beinahe schon zur Gewohnheit gewordenen massiven Verspätungen an. Aber das ist ein anderes Thema.

*Rhett Anthes,
Carsten Brüggemann,
Ludwig Hofmann*

Vorstandswahlen bei der Fachgruppe Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

Die Mitgliederversammlung hat am 7. September 2023 den Vorstand der FG 52 (BSI) neu gewählt.



© FG BSI

> Der neue FG-Vorstand im BSI: Bianca Stoffer, Martin Zimpel, Simon Pages, Viola Ruge, Christian Ruge (von links)

Der bisherige Amtsinhaber Christoph Schlinkert, der seit 2006 als Vorsitzender der Fachgruppe fungierte, hat sich nicht mehr zur Wahl gestellt. Zur Vorsitzenden der FG BSI wurde Bianca Stoffer gewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Martin Zimpel, Fachgruppenmitglied vom Standort Freital. Die

Funktion des Schatzmeisters übernimmt Simon Pages. Als Beisitzer vervollständigen für die nächsten fünf Jahre Viola und Christian Ruge den Vorstand. Allen Gewählten gratulierte der ehemalige Vorsitzende und wünschte den Funktionsträgern viel Erfolg bei dem ehrenamtlichen Engagement. Diese Wahlen ha-

ben nicht nur den Generationswandel in der Fachgruppe eingeläutet, sie haben den Vorstand auch vielfältiger gemacht.

Der Bundesvorsitzende Frank Gehlen, der Gast der Fachgruppe BSI war, gratulierte dem neu gewählten Vorstand ebenso herzlich.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung blickte der scheidende Vorsitzende auf eine zwar erfolgreiche, aber auch herausfordernde Zeit zurück. Die Entwicklung der Mitgliederzahl der Fachgruppe ist insgesamt erfreulich, könnte aber sicher auch noch besser sein, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Die Betreuung der Mitglieder in der von der Coronapandemie nachhaltig geprägten Zeit ist aufwendiger und schwieriger geworden. Gemeinsame Veranstaltung und Zusammenkünfte waren unter den Bedingungen nahezu unmöglich. Die digitalen Ersatzlösungen haben sich nicht als gleichwertig herausgestellt. Die Organisation von Mitgliedertreffen wird auch von dem Trend der ortsunabhängigen Arbeit zu einer echten Herausforderung. Den auch in der Zivilgesellschaft beobachtbaren Trend des selbstbestimmten Arbeitsortes und der selbstbestimmten Arbeitszeit stellt die Ehrenamtler, nicht nur im vbob, vor neue Herausforderungen, um dem Motto „Nähe ist unsere Stärke“ weiterhin gerecht zu werden.

Ch. Schlinkert



© IFC BlmA

Fachgruppenversammlung der BlmA

WIReinander – Gemeinschaftsgeist in der Fachgruppe

In der letzten Septemberwoche dieses Jahres versammelten sich die Delegierten aus der Fachgruppe Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) aus dem ganzen Bundesgebiet in einem Hotel in der Nähe des ehemaligen Flughafens Schönefeld zur Fachgruppenversammlung 2023.

Als Gäste nahmen an der Veranstaltung der Bundesvorsitzende des vbob, Frank Gehlen, das Vorstandsmitglied der BlmA, Paul Johannes Fietz und der Spartenleiter von Organisation und Personal, Michael Müller, teil.

Die Fachgruppenversammlung konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Personalratswahl 2024 und die damit verbundene Aufstellung der Wahlvorschläge für die HPR-Wahl. Nach einer ausführlichen Aussprache wurden die Listen von der Fachgruppenversammlung beschlossen. Diese Aufgabe wurde nicht nur als formale Pflicht betrachtet, sondern als ein gemeinsamer Auftrag. Ein Team, bestehend aus den Kolleginnen Tina Tischer, Jennifer Thiel, den Kollegen Christoph Hampe und Boris Burat, präsentierte eine inspirierende Strategie. Eine Strategie, die vor allem auf die Kraft der Gemeinschaft setzt. Social-Media-Aktivitäten,

Flyer und vor allem persönliche Gespräche sollten die Botschaften tragen. In dieser Atmosphäre der Einheit und Entschlossenheit fanden die Ideen begeisterte Unterstützung. Eine lebhaft diskutierte Diskussion führte zu weiteren kreativen und sehr wertvollen Vorschlägen und zeigte die hohe Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: Mehrheiten in den Personalräten zu erhalten oder zurückzugewinnen. Die gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, dass „WIReinander“ zu leben und in das tägliche Miteinander zu tragen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Diskussion über die Eingruppierungsproblematik, unter anderem der Forstwirtschaftler/innen, Hausmeister/innen, Handwerker/innen in der BlmA. Kollege Frank Gehlen erläuterte die Eingruppierungsproblematik, hier wurde klar, dass das WIR-

einander nicht nur für den Wahlkampf galt, sondern für die gesamte Arbeitswelt der Kolleg/innen. Die Delegierten beschlossen einmütig, dass bereits Erreichte weiter auszubauen und sich fortan mit starker Stimme für Verbesserungen einzusetzen. Sowohl Frank Gehlen als auch das Vorstandsmitglied Paul Johannes Fietz waren der Meinung, dass diese Themen von jeder Seite angegangen werden müssen. Die Eingruppierungen sind – aufgrund der sich ständig ändernden Arbeitswelt – nicht mehr zeitgemäß und gehören überarbeitet.

Die Themen Ausbildung, Fortbildung und Weiterqualifizierung, neue RBBau und die Auswirkungen auf die BlmA wurden intensiv und ausführlich mit den Herren Fietz und Müller besprochen. Hier waren sich alle einig. Die BlmA hat eine gute Ausbildung und damit gute Ausbilder/innen, das

muss belohnt werden. Eine Zulage und ein angemessener Zeitanteil in der TD (Tätigkeitsdarstellung und -bewertung) sind hier wesentliche Säulen für die Zukunft und ganz klar unsere Forderung. Des Weiteren begrüßen wir sehr, dass die BlmA grundsätzlich alle qualifizierten Auszubildenden unbefristet übernimmt. Die neue RBBau ist schlanker geworden, aber wird sie auch helfen, die Bautätigkeiten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu steigern?

Mit einem klaren Fokus auf das „WIReinander“ endete die Fachgruppenversammlung 2023. Die Teilnehmer/innen verließen den Tagungsort motiviert und entschlossen, bereit, sich den Herausforderungen bis zur nächsten Fachgruppenversammlung in der ersten Septemberwoche 2024 in Hildesheim zu stellen.

Diese Versammlung war ein beeindruckendes Zeugnis für den Gemeinschaftsgeist, der uns auszeichnet, und ein Beweis dafür, dass das „WIReinander“ die wahre Stärke unserer Gewerkschaft ist. lh

Kommentierte Pressestimmen

Die Stimmen und Meldungen zum Fluchtgeschehen werden stetig mehr und lauter. Seit Monaten schlagen die Bundesländer Deutschlands Alarm, denn die Unterbringung der Geflüchteten und Migranten gestaltet sich zunehmend schwieriger. Es fehlt an Kapazitäten, nicht nur was die Unterkünfte betrifft, sondern zum Teil auch in Kindergärten und Schulen. Die Bundespolizei stößt ebenfalls an ihre personellen Grenzen, die Zahlen von aufgegriffenen Personen und unerlaubten Einreisen, gerade in den Grenzregionen, steigen weiter an.

Der Migrationsdruck steigt

„Immer mehr Boote, immer mehr Frust“ heißt es bei der *Welt am Sonntag* in einem Bericht vom 3. September 2023. Vor dem Herbstbeginn spitzte sich die Krise an der EU-Außengrenze zu, auch riesige Distanzen schrecken die Migranten nicht ab, den gefährlichen Weg in die EU auf sich zu nehmen.

El Hierro, die westlichste Insel der Kanaren und die kleinste mit 11 000 Einwohnern, bittet Europa um Hilfe und forderte Unterstützung aus Madrid. Die Insel war lange außen vor, ganz selten komme mal ein Boot. In den vergangenen Wochen aber kamen fast so viele Migranten wie Touristen. Drei Boote seien es im gesamten vergangenen Jahr aus Gambia und dem Senegal gewesen, seit Juni 2023 bereits mehr als 20.

Lampedusa, Italien. Am dritten September-Wochenende seien innerhalb von 72 Stunden 6 333 Migranten angelandet – so viele wie 2021 noch über einen ganzen Monat verteilt. Auch Italien scheint mit dieser Situation überfordert zu sein. Der ehemalige italienische Innenminister Marco Minniti warnt, dass die EU die Entwicklungen in der Region nicht missachten dürfe: „In Nord- und Zentralafrika laufen Destabilisierungsprozesse ab, deren Folgen uns Sorgen machen müssen.“

Deutschland ist ebenfalls betroffen. Eine Zahl vom 17. September: Am diesem Wochenende registrierte die Bundespolizei allein im sächsischen Pirna 1 641 illegal eingereiste Migranten plus 40 Schleuser.

Bild.de schreibt am 5. September 2023: „**Jeden Tag bis zu 600 illegale Migranten. 58 Prozent mehr als 2022, sogar 145 Prozent mehr als 2021.**“ Die Bundespolizei stellte allein im August 2023 etwa 15 000 illegal eingereiste Migranten fest. Insgesamt sind in den ersten acht Monaten des Jahres bereits über 71 000 Menschen unerlaubt nach Deutschland eingereist. Die „Dunkelziffer“ sei hier nicht beinhaltet, auch die etwa eine Million Ukrainer*innen nicht. Obwohl die Bundespolizeigewerkschaft seit Monaten vor dieser Entwicklung warne, geschehe seitens der Innenministerin Nancy Faeser nichts.

Zusätzlich kämpfe die Bundespolizei mit Personalmangel. Damit die Bundespolizei ihrer gesetzlichen Aufgabe gerecht werden könne, müssten die Personaldefizite „unbedingt ausgeglichen werden“. Konkret fordern die Gewerkschafter die „Schaffung weiterer 8 200 Planstellen“. Ansonsten – und hier folgt ihre harte Prognose – „besteht die Gefahr, dass die Bundespolizei, als größte Sicherheitsbehörde Deutschlands nicht mehr für die Sicherheit der in Deutschland lebenden Menschen garantie-

ren kann“ (*Welt online*, 6. September 2023).

Deutschlandweiter Lehrermangel

Das neue Schuljahr hat begonnen, der Mangel an Lehrkräften bleibt jedoch. Es berichten mehrere Medien.

„Es müsse sich grundlegend etwas an der Bezahlung und den Arbeitszeiten ändern“, so der BBW – Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg. Den Lehrermangel in Baden-Württemberg könne man nicht mit lauter kleinen Änderungen beheben, wie pensionierte Lehrkräfte zurückzuholen oder Teilzeitkräfte zur Mehrarbeit zu motivieren. Vielmehr müssten sich die Besoldung, die Chancen zur Beförderung und die Arbeitsbedingungen verbessern, so BBW-Chef Kai Rosenberger (*Stuttgarter Zeitung*, 13. September 2023).

Die Lage an den Berliner Schulen wird immer prekärer. Eine Rekordzahl von 353 320 Schülern und der akute Lehrkräftemangel könnten jetzt sogar dazu führen, dass eine vorübergehende Kürzung von Pflichtstunden durch eine Reduzierung der vorgegebenen Stundentafel erfolgen muss. Tom Erdmann, Vorsitzender der Berliner Gewerkschaft, teilte mit, es gäbe bereits mehrere Schulen, die angesichts von zuletzt rund 1 400 fehlenden Lehrkräften, nicht mehr überall den regulären Un-

terricht abgehalten könnten. Vor allem an Sekundarschulen in benachteiligten Gebieten sei der Lehrermangel eklatant. Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, bezeichnete eine mögliche Pflichtstundenkürzung als „Überschreiten einer roten Linie“. Es sei „erschütternd, wohin uns die Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte geführt hat“ (*Welt online*, 6. September 2023).

Zum Start des neuen Schuljahres hat der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) ein Sofortprogramm insbesondere zur Stärkung der Kernmannschaft an den Schulen aufgelegt. Vor allem gehe es bei dem Programm um die Arbeitsbedingungen, aber auch um strukturelle und finanzielle Bedingungen. Schon jetzt zeichne sich ab, dass dieses Schuljahr wieder ein Jahr der großen Herausforderungen an Bayerns Schulen werde (*n-tv.de*, 5. September 2023). Allein in München sollen rund 300 sogenannte Unterstützungskräfte dafür sorgen, dass die Stundenpläne erfüllt werden können, denn 26 000 Schüler mehr als im Jahr zuvor starteten zum neuen Schuljahr in den bayerischen Grund- und Mittelschulen. Für Simone Fleischmann, Vorsitzende des BLLV, sind das alles andere als gute Neuigkeiten. In einem 36-Punkte-Plan fordert sie mit ihren Kollegen Besserung von der Staatsregierung, und zwar sofort. Es fehle hinten und vorne an fertig ausgebildeten Fachkräften. Und die, die bereits seit Jahren zuverlässig Bildungsarbeit leisten, seien am Limit (*hallo muenchen.de*, 9. September 2023). Selbst der Kultusminister Michael Piazolo hat klar eingeräumt, dass es in Bayern ein Problem mit Lehrermangel gebe (*BR.de*, 8. September 2023).

aj